

KONFERENZBERICHTE

International Conference on Taiwan's Sovereign Status

International Conference, Howard Plaza Hotel, Taipei, Taiwan, 18.-19. April 2008

Der *Taiwan Think Tank* und die *Taiwanese Society of International Law* luden am 18. und 19. April zur *International Conference on Taiwan's Sovereign Status* ein, um Taiwans Souveränitätsanspruch aus rechtlicher, historischer und politischer Perspektive zu beleuchten.

Während der achtjährigen Präsidentschaft Chen Shui-bians (von der Democratic Progressive Party) waren die Ausweitung diplomatischer Kontakte und die Souveränität Taiwans zentrale Ziele. Kritiker werfen ihm vor, seine Politik habe zum Einfrieren der Beziehungen zu China und, im Gegenteil, zur Verschlechterung Taiwans internationaler Position geführt. Der im März mit großem Vorsprung gewählte Präsident Ma Ying-jeou (Guomindang), seit dem 20. Mai im Amt, misst einer Normalisierung der Chinabeziehungen zentrale Bedeutung bei, während der Souveränitätsanspruch in den Hintergrund rückt. Langfristig sei ein Friedensvertrag, der den Bürgerkrieg endlich auch offiziell beendet, der Schlüssel zur Ausweitung diplomatischer Beziehungen Taiwans. Dieser aktuelle politische Hintergrund prägte auch die Vorträge und Diskussionen auf der Konferenz.

Dr. Thomas Grant (Universität Cambridge) zufolge habe Taiwan aus Sicht des internationalen Rechts bisher keinen eindeutigen Anspruch auf staatliche Souveränität gestellt, was selbst auf Chen Shui-bian zuträfe, wohingegen Chinas Ansprüche international unmissverständlich seien. Diese Klarheit im Unterschied zu Taiwans Ansprüchen verschaffe China einen zentralen Rechtsvorteil, der international weitgehend bestätigt werde. Offen blieb die Frage, ob die gescheiterte Bewerbung um Aufnahme Taiwans in die Vereinten Nationen (VN) 2007 vom Gesichtspunkt internationalen Rechts nicht als unzweifelhafte Erklärung einer Souveränität Taiwans gedeutet werden könnte. Sang-Myon Rhee (Seoul National University) sieht das „Ein-China-Problem“ als eine Konsequenz aus dem offiziell nie beendeten chinesischen Bürgerkrieg an. Solange es nicht zu einem Friedensvertrag komme, seien beide Parteien Bürgerkriegsgegner. Diese Sichtweise hätte für Taiwan den Vorteil, mit China auf Augenhöhe verhandeln zu können. Rhee schlägt einen Friedensvertrag vor, bei dem beide Seiten auf jedwede kriegerische Ambitionen verzichten und dafür Taiwan in eine Konföderation mit China einwilligte, wohingegen China im Gegenzug die Repräsentation Taiwans in internationale Organisationen erlaubte. So wurde beispielsweise auch die parallele Mitgliedschaft der UdSSR mit Weißrussland und der Ukraine in den VN erlaubt. Taiwan solle für die Einwilligung in eine Konföderation volle diplomatische Beziehungen mit anderen Staaten aufnehmen können und seine „domestic

sovereignty“ bewahren können. Den Vorschlägen Rhees wurde freilich widersprochen, da die Souveränitätsfrage nach Meinung vieler Experten zuerst im Sinne Taiwans gelöst werden müsse, bevor über eine riskante Konföderation mit China verhandelt werden könne.

Aus historischer Perspektive erläutert Harry Hsin-I Hsiao (University of Victoria), dass die heutigen Ansprüche Chinas auf Taiwan unberechtigt und konstruiert seien und weist sie mit zahlreichen offiziellen Karten, Dokumenten und relevanten Zitaten fundiert zurück. Demnach hatte China über viele Jahrhunderte kein Interesse an Taiwan, und selbst die chinesischen Kommunisten (ebenso wie die Guomindang) waren in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, während der japanischen Kolonialzeit, noch für die nationale Eigenständigkeit Taiwans. Dr. Paul Monk, australischer Politikwissenschaftler, gibt aus geopolitischer Sicht zu bedenken, dass die strategische Bedeutung Taiwans für China erstmals im 17. Jahrhundert durch die Qing erkannt wurde, und diese aufgrund Taiwans beachtlicher Entwicklung und US-amerikanischer Militärpräsenz heute in der Region wesentlich wichtiger wurde. Den Aufstieg Taiwans habe China wohlwollend begleitet, immerhin ein beachtlicher Unterschied zur Kubapolitik der USA.

Alle Redner vertraten die Ansicht, dass die 23 Millionen Taiwanesen letztlich selbst über ihre Zukunft zu entscheiden haben sollen, auch aufgrund der beachtlichen demokratischen, ökonomischen und rechtsstaatlichen Konsolidierung und Taiwans *de facto* Souveränität. Deshalb müsse Taiwan weiterhin „mit der Welt“ kommunizieren, wie Stephen Yates, US-Politikberater und Präsident des DC Asia Advisory, betont, selbst wenn das Anliegen Taiwans auf internationale Anerkennung aufgrund einer möglichen Liberalisierung Chinas und einer Verbesserung der Menschenrechtslage dort in Zukunft sogar weniger Verständnis ernten könnte. Taiwan sollte Themen von internationaler, auch zivilgesellschaftlicher Relevanz besetzen, die auch Menschen und soziale Bewegungen in anderen Staaten, insbesondere den USA, berühren, und zweitens darauf hinweisen, dass Chinas Zukunft unsicher sei und sich Taiwan deshalb verständlicherweise alle Optionen offen halten möchte.

Interessant wäre es gewesen, diese „postnationalen“ Gesichtspunkte weiter zu erörtern und sie mit globalen Entwicklungen zu verflechten: z.B. auch die Frage, welche Bedeutung „Souveränität“ in einer Welt zunehmender Transnationalisierung, internationaler Verrechtlichung und Regionalisierung noch einnimmt.

Insgesamt eine sehr interessante Konferenz, in der es gelungen ist, die verschiedenen Perspektiven zu einer gelungenen Gesamtschau zusammenzuführen. Die empfehlenswerten Konferenzpapiere auch weiterer Redner stehen in einem Konferenzbuch auf der Homepage des *Taiwan Think Tanks* zum Download bereit.